

Wilsdruffer Tageblatt



Nationale

"Aber... weinen darfst du nicht!"



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Heute neuer Roman!

Verlagspreis: 10 Pf. — Nachweisungsgebühr: 20 Pf. — Druck- und Verlagsgebühren werden nach Maßgabe der Bestimmungen des Reichsdruckgesetzes von 1872 berechnet. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

Nr. 149 — 94. Jahrgang Telegr.-Adr.: "Tageblatt" Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 29. Juni 1935

Schlechter als vor zwei Jahren?

In Deutschland nicht — in Frankreich und den Vereinigten Staaten ja.

Auf dem achten Kongress der Internationalen Handelskammer in Paris betonte der Präsident H. Fentener van Vlissingen: „Wenn wir die gegenwärtige Weltwirtschaftslage mit der vor zwei Jahren vergleichen, müssen wir feststellen, daß sie schlechter geworden ist. Am demütigendsten ist dabei die Tatsache, daß wir in der allgemeinen Lage auch heute noch kein zuverlässiges Zeichen für eine baldige Besserung sehen können.“ So sehr diese Feststellung des Präsidenten für große Teile der Welt, besonders für manche großen Wirtschaftskräfte der Erde zutreffen mag, so wenig gilt sie für das heutige Deutschland.

Im Gegensatz zu den meisten übrigen Staaten der Welt hat sich die wirtschaftliche Entwicklung bei uns seit zwei Jahren ständig gebessert, und von einer schlechteren Lage als vor zwei Jahren kann in Deutschland nie und nimmer die Rede sein. Im Gegenteil, wir dürfen mit Stolz darauf hinweisen, daß es uns in dieser kurzen Zeit gelungen ist, über vier Millionen Menschen, die arbeitslos waren, wieder in den Arbeitsprozess einzureihen. Wir können feststellen, daß die industrielle Erzeugung 75 Prozent der Arbeitsverlustrate aufgeholt hat. Die geringste Erzeugung, der sogenannte „Arbeitspunkt“ unserer Erzeugung, lag im Jahre 1932. Seitdem hat die industrielle Erzeugung ständig zugenommen, und es werden heute im großen Ganzen in den meisten Industrien bei uns annähernd ebensoviel Waren erzeugt wie um die Jahreswende 1929/30. In der die Wirtschaft mit Hochdruck arbeiten konnte. Im ganzen hat die Produktion der industriellen Erzeugung auch weiterhin an. Nach den jüngsten Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 63,3 Prozent im April auf 64,4 Prozent der möglichen Arbeitskapazität gestiegen. Noch stärker hat sich die Zahl der geleisteten Stunden erhöht, nämlich von 58,3 Prozent auf 60,6 Prozent der Arbeiterstundenzahl. Damit hat die industrielle Tätigkeit den höchsten Stand des Vorjahres (November 1934) noch um 2,3 Prozent überschritten. Diese günstige Entwicklung spiegelt sich naturgemäß auch in den Steuererträgen wider. Das Einkommen an Steuern, Zöllen und anderen Abgaben hat im Mai 1935 gegenüber dem Mai 1934 noch einmal 86,2 Millionen Mark mehr erbracht. Allein das Einkommen an Lohnsteuern hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt: Im Mai 1933 waren es 61,5 Millionen, im Mai 1934 66,3 Millionen, im Mai 1935 107,8 Millionen. Daß diese Aufwärtsentwicklung in der deutschen Wirtschaft auch im Ausland weitestgehende Beachtung findet, geht schon daraus hervor, daß einmal bei dem Internationalen Handelskongress eine besonders große Anzahl deutscher Vorträge gehalten wurde und zum anderen vor allem einige amerikanische Vertreter beschlossen haben, gleich nach Beendigung des Kongresses eine Studienreise nach Deutschland zu machen, um die dortigen Wirtschaftsverhältnisse und Wirtschaftsprogramme, die im Ausland teilweise in ähnlicher Form Nachahmung finden, zu studieren.

Zu den Ländern, in denen es allerdings in den letzten zwei Jahren bedeutend schlechter geworden ist, gehören die bis dahin goldreichsten und erfolgreichsten Staaten, nämlich Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Zwar ist es Frankreich im Augenblick gelungen, seine Devisenschwierigkeiten zu beheben. Es konnte sogar seinen Diszontsch wieder ermäßigen. Es kann sich auch heute noch rühmen, selbst einem nochmaligen Devisenmangel und nochmaligen schweren Angriffen auf den Franken mit seinen goldenen Wägen trotzen zu können. Aber trotzdem kann es keineswegs rosig in die Zukunft sehen. Für Laval heißt es jetzt, wie für seine Vorgänger seit 1930, den französischen Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Der ordentliche Haushalt weist im Augenblick einen Fehlbetrag von 6 1/2 Milliarden Franken aus. Dazu kommen die ungedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes, der einen Fehlbetrag von 5,3 Milliarden ausweist. Nicht zu reden von den etwa 12 Milliarden Verlusten bei der Eisenbahn, die ebenfalls zu Lasten des Staates gehen. Für Frankreich gilt es jetzt, einen Fehlbetrag von mindestens 15 Milliarden auf dem Anleiheweg zu beschaffen. Den Rest hofft man durch Einsparungen im Haushalt aufzubringen. Die Gelder für die Anleihe zu beschaffen, ist dieses Mal bei weitem nicht mehr so leicht wie in den vergangenen Jahren, in denen der französische Bürger und der französische Sparsparer reißendes Vertrauen in seine Landeswährung hatte. Wie verlautet, sollen bisher acht Milliarden im Anleiheweg aufgebracht worden sein. Aber das Einkommen der übrigen Milliarden herrscht völlige Unsicherheit. Von allen Seiten wird betont, daß nur radikale Maßnahmen in der Lage sein könnten, der französischen Staatsschuldnot Abhilfe zu tun. Aber vor den radikalen Maßnahmen hat

Edens Besuche in Paris und Rom ergebnislos.

Frankreich stört den Europafrieden, Italien in der Abessinienfrage unzugänglich.

Der britische Völkerbundsminister Eden hat nach Rückkehr von seinen Verhandlungen in Rom und Paris sofort dem Premierminister Baldwin Bericht erstattet. Eden scheint nicht sehr zufrieden zu sein mit dem Ergebnis seiner Reise, denn in Rom hat man scheinbar seine Vermittlungsversuche im Abessinienkonflikt nicht zurückgewiesen, und in Paris hat er die völlige Verhandlungslosigkeit für die britischen Methoden zur Befriedung Europas festgestellt müssen.

Die Verhandlungen Edens mit dem französischen Außenminister Laval sollen nicht so befriedigend verlaufen sein, wie man vermutete. Die Instruktionen des englischen Kabinetts für Eden seien etwas „enttäuschend“ gewesen. Danach scheint sich, wie „Times“ schreiben, die englische Regierung auf den Standpunkt gestellt zu haben, daß auch künftighin „günstige Gelegenheiten“ nicht versäumt werden dürften. Es sei für England unmöglich, bindende Zusagen zu geben, daß es eine sich bietende Aussicht, mit Deutschland über den Ruffpat, und zwar ohne Beziehung zu den anderen Völkern, zu verhandeln, nicht beschließen würde. Umgekehrt aber würde England mit Befriedigung dem Abschluß eines deutsch-französischen Abkommens über die Landrückgaben entgegensehen, worin Frankreich die beste Probe für Englands guten Willen und Freundschaft geben könnte.

Zum vorläufigen Abschluß eines Flottenabkommens mit Deutschland habe Eden jetzt Laval erklärt, England habe mit bewußter Absicht in den Verhandlungen der allgemeinen Regelung eine Neuerung eingeführt, die nach seiner Ansicht vielleicht unschätzbare Vorteile zeitigen werde.

Die britische Regierung werde das Flottenabkommen mit Deutschland grundsätzlich nicht aufgeben, auch wenn sie vielleicht mit Rücksicht auf die Entzweiung ehemaliger Allierter sich zu Beschränkungen in der Methode bereitfinden werde.

Es sei denkbar und sogar wahrscheinlich, daß diese Methode (die die britische Regierung mit Erfolg in der Flottenfrage angewandt habe) zu einem Verhandlungsergebnis führen könnte, der ebenso unwiderstehlich sei wie ein Rüstungswettbewerb, aber fruchtbar anstatt zerstörend. Bei einem solchen System würde, während Großbritannien seine Aufmerksamkeit hauptsächlich der Luftfrage zuwenden würde, Frankreich die Führung zur Erzielung einer Vereinbarung über die Landrückgaben übernehmen können, und Italien könnte seine besonderen Ziele in bezug auf eine Regelung in Südamerika betreiben.

„Daily Telegraph“ will wissen, daß Laval mit etwas ironischen Bemerkungen darauf geantwortet habe. „Daily Express“ glaubt sogar berichten zu können, Laval habe erklärt, in der abessinischen Frage nicht ganz auf die Seite Englands treten zu können, da die öffentliche Meinung durch das Flottenabkommen auf die Seite Italiens gezogen worden sei. Auch „Morning Post“ und andere Blätter betonen, daß es

für England unmöglich sei, sich in dem von Laval getönten Sinne zu binden, aber die Berichte über ernstliche Auseinandersetzungen zwischen Paris und London entbehren der Grundlage. Der Konflikt Italien-Abessinien scheint nach Edens Auffassung nicht mehr beizulegen zu sein. Die abessinische Gefahr überschattet nach Edens Meinung alle anderen Fragen. Zwei Tatsachen stehen, wie die Londoner Presse

hervorhebt, im Vordergrund. Es hat sich herausgestellt, erstens, daß

Mussolini nicht geneigt ist, auf anderem als auf militärischem Wege zu einem Ergebnis zu kommen, zweitens, daß jeder Versuch, Genf einzuschalten, mit dem Austritt Italiens aus dem Völkerbund beantwortet würde.

„Daily Telegraph“ will genauere Einzelheiten über die von Eden gemachten Vermittlungsvorschläge zu berichten wissen. Danach ist Großbritannien sogar so weit gegangen, die Landverbindung zwischen Eritrea und Somaliland zuzugestehen und dem abessinischen Kaiser dafür als Entschädigung einen Korridor und einen Hafenplatz in Britisch-Somaliland anzubieten. Der Regus habe sich damit einverstanden erklärt. Aber für die Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit würde Abessinien bis zum letzten Mann kämpfen.

Die Stimmung in der Londoner Öffentlichkeit ist zur Zeit sehr wenig zubeifällig. Man stellt fest, daß das ganze kollektive Sicherheitsgefühl, von dem auch die italienisch-abessinische Streitfrage ein wichtiger Teilabschnitt sei, innerhalb weniger Monate bereits schwer erschüttert wurde.

Die sogenannte Friedensabstimmung in England.

Die sogenannte Friedensabstimmung, die vor 18 Monaten von Lord Cecil, dem Völkerbundsverband und anderen Organisationen in ganz England eingeleitet wurde, ist beendet. Mehr als 11,5 Millionen Männer und Frauen haben die Fragebogen ausgefüllt, das sind etwa 38 v. H. der britischen Wählerschaft. Die Frage, ob Großbritannien im Völkerbund bleiben solle, wurde mit rund 11 Millionen Stimmen bejaht, 350 000 stimmten mit nein. Für die allgemeine Abrüstung stimmten 10,5 Millionen, dagegen 860 000. Die Frage, ob die Herstellung und der Verkauf von Kriegsmaterial für private Gewinne verboten werden solle, wurde gleichfalls von rund 10,5 Millionen Abstimmenden bejaht und von 770 000 mit nein beantwortet. Die letzte Frage bezog sich darauf, ob die Abstimmenden der Ansicht sind, daß im Falle des Angriffs einer Nation die übrigen Nationen sich zusammenschließen sollten, um dem Angriff Einhalt zu tun. Für die Durchführung wirtschaftlicher und nichtmilitärischer Maßnahmen in diesem Fall stimmten 10 Millionen mit ja, 630 000 mit nein. Für militärische Maßnahmen sprachen sich 6,8 Millionen, dagegen 2,3 Millionen aus.

Während der liberale „News Chronicle“ und das Arbeiterblatt „Daily Herald“ ihrer Genehmigung über das Abstimmungsergebnis Ausdruck geben, bezeichnen die konservativen Blätter die ganze Abstimmung als zum mindesten überflüssig. Die „Times“ erklärt, sie habe weder einen moralischen noch einen materiellen Beitrag zu den von den Fragestellern beabsichtigten Zielen geliefert. Die bekannte Wochenschrift „Spectator“ würdigt das Ergebnis im Sinne der britischen Politik, die dadurch eine neue moralische Unterstützung erhalten habe. Die Abstimmung böte der englischen Regierung jetzt die Handhabe, mit vollem Vertrauen auf die Gefolgschaft der öffentlichen Meinung Abessinien's Lage gegen Italien vor dem Völkerbund zu bringen und die Verhandlungen um den Luftpat mit Energie fortzuführen.

Laval bedenken, da er zu genau weiß, daß derartige starke Eingriffe uneliebt und unvolkstümlich machen. Er hat daher angeordnet, daß zunächst im Etat „nur“ 3 Milliarden Ausgaben zu freieren sind. Wie weit er mit dieser vorläufigen Politik kommen wird, ist zweifelhaft. Um so mehr, als Frankreichs Wirtschaft sich im Augenblick in einer ersten Krise befindet. Die Erträge aus der Ausfuhr sind von einem Monatsdurchschnitt von 4178 Millionen Franken 1929 auf 1280 Millionen Franken 1935 zurückgegangen. Die Rohisenproduktion ist in der gleichen Zeit von 846 000 Tonnen auf 482 000 Tonnen zurückgegangen. Trotz dieser Winderträge soll die Wirtschaft dieselben Steuern, dieselben Abgaben aufbringen wie in den vergangenen Jahren des Erfolges. Damit ist sie alles andere als zufrieden. Unter diesen Umständen wird Laval, wenn er seinen Etat ausgleichen will, schließlich doch zu dem wenig angenehmen Mittel greifen müssen, die Gehälter und Löhne zu kürzen und soweit es angängig ist, Beamtenstellen einzusparen.

Vielleicht auf die Gefahr einer neuen Krise des Kabinetts. In ähnlicher Lage befindet sich der amerikanische Präsident Roosevelt. Nachdem seine wiederholten Versuche, der Wirtschaft Hilfe zu bringen, gescheitert sind, verlässt er sich Einzelheiten über die Sonderbotschaft, die er in der letzten Woche dem Kongress zugehen ließ und in der er Notmaßnahmen unterbreitete. Einer der bedeutsamsten Vorschläge dieser Art ist die Herabsetzung der Steuern auf hohe Erbschaften und Schenkungen. Es verlautet, daß die Höchstgrenze für vererbbares Vermögen in Zukunft bei 10 Millionen Dollar (= 24,7 Millionen Mark) liegen werde. Noch höhere Vermögen sollen, wenn das Gesetz durchkommt, von der Erbschaft weggeschert werden. Die Erbschaftsteuer soll bei 50 000 Dollar einsetzen und sich bei größeren Beträgen schnell erhöhen. Ob dieses Mittel bei der geschmäleren amerikanischen Millionärs herrschaft allein wirklich helfen könnte? Etwas optimistisch gesehen! L. S.